

II-2286 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 12. Feb. 1989 No. 1118/1

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Broda  
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung  
betreffend Aufkündigung eines Bestandsvertrages durch die  
Finanzprokuratur.

Den unterzeichneten Abgeordneten ist folgender Sachverhalt zur  
Kenntnis gekommen:

In Bestandsobjekten in Innsbruck, Mitterhoferstr. 7a, die  
seinerzeit von der ehemaligen "Deutschen Wehrmacht" errichtet  
wurden und jetzt im Eigentum der Republik Österreich stehen, sind  
seit 1945 Personen untergebracht, die aktive Widerstandskämpfer  
gegen den Nationalsozialismus gewesen sind.

Nunmehr ist die Finanzprokuratur dazu übergegangen in diesen  
Fällen gerichtliche Aufkündigungen einzubringen. Dies ist z.B.  
im Falle des Inhabers der "Amtsbescheinigung für Opfer des  
Faschismus" T 174 der Fall. Die von der Finanzprokuratur beim Be-  
zirksgericht Innsbruck am 22.11.1968 unter Geschäftszahl K201/68  
eingebrachte Aufkündigung stützt sich auf die seinerzeitige Zweck-  
widmung zur "Unterbringung von aktiven Wehrmachtsangehörigen" und  
führt wörtlich aus: "Die ursprüngliche Widmung wurde immer auf-  
recht gehalten. Es besteht nunmehr dringender Bedarf an der aufge-  
kündigten Wohnung für einen aktiven Angehörigen des österreichischen  
Bundesheeres."

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundes-

- 2 -

minister für Landesverteidigung nachstehende

A n f r a g e n :

1.) Ist Ihnen die Tatsache der Einbringung der gerichtlichen Aufkündigung betreffend die Bestandsobjekte Innsbruck, Mitterhoferstr. 7 a, bekannt?

2.) Ist Ihnen bekannt, daß die Finanzprokuratur die Aufkündigung auf die seinerzeitige Widmung der Bestandsobjekte für Zwecke der ehemaligen "Deutschen Wehrmacht" stützt ?

3.) Sind Sie bereit, kraft Ihres Aufsichtsrechtes die Finanzprokuratur anzuweisen, ihren unhaltbaren Rechtsstandpunkt vor der weiteren Rechtswirksamkeit der seinerzeit erfolgten Widmung der Bestandsobjekte für Zwecke der Deutschen Wehrmacht aufzugeben und die gerichtsanhängigen Aufkündigungen gegen Inhaber von Amtsbescheinigungen für Opfer des Faschismus zurückzuziehen bzw. keine weiteren derartigen Aufkündigungen einzubringen ?